

AZB
CH-8031 Zürich
P.P. / Journal

Post CH AG

Adressänderungen bitte an:
GSoA, Postfach, 8031 Zürich
adressen@gsa.ch

GSoA

GSoA-ZITIG NR. 189
FEBRUAR 2022

Informationen und Anregungen der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee GSoA

Stop F-35

Mit dem Kauf werden gleichzeitig intransparente und willkürliche Industriesubventionen getätigt. Der F-35 ist doppelt so laut und belastet in einem besonders unangenehmen Frequenzbereich. SEITE 4



Frontex

Das Referendum gegen Schweizer Unterstützung für die militarisierte, menschenrechtsfeindliche Grenzüberwachung kommt laut Stand bei Redaktionsschluss wahrscheinlich zustande. SEITE 5

«Gewaltfreie Terroristen»

Obwohl im Abstimmungskampf versichert wurde, das ausufernde Terrorgesetz würde nicht gegen friedliche politische Gegner*innen eingesetzt, wird sein wahrer Zweck immer klarer. SEITE 7

FAHNE BEKENNEN GEGEN DEN F-35

SEITE 4

FAHNE BESTELLEN

Fahnen und anderes Material
können unter stop-f-35.ch/material
bestellt werden.



**STOP
F-35**

JA! OUI! SI!

Liebe Leser*innen

Kriege und die Klimakrise – ein fataler Teufelskreis. Millionen Menschen vertreiben sie aus ihrem Zuhause. Statt sich solidarisch zu zeigen, wählt die Schweiz den Weg der elitären Ignoranz. Es wird auf Abschottung und Grenzüberwachung gesetzt, während weiterhin Waffen in Millionenhöhe exportiert werden und die Klimakrise durch massive Investitionen des Schweizer Finanzplatzes angeheizt wird. Diesen Themen widmen wir uns in vier Artikeln. Wir sehen uns die Zusammenhänge zwischen Krieg und Klimakrise an einigen Beispielen an und kommen anhand des aktuellen Frontex-Referendums auf die Migrationspolitik zu sprechen. Ausserdem überlegen wir uns, wie man die Idee der Klagen gegen klimazerstörende Konzerne gegen die Rüstungskonzerne einsetzen könnte. Wir nehmen auch die neusten Zahlen zu Kriegsmaterialexporten genauer unter die Lupe.

Nicht nur in die Grenzschutzwache Frontex will die Schweiz unerhört viel Geld stecken, sondern auch in die Beschaffung neuer Kampfjets. Um das zu verhindern, haben wir momentan mit der Stop-F-35-Initiative alle Hände voll zu tun. Wir geben euch die neusten Infos zur Unterschriftensammlung und schauen uns genauer an, welche Offset-Geschäfte beim Kampfjetkauf im Gange sind. Des Weiteren betrachten wir, welchen Effekt die wenigen Dezibel, die der F-35 lauter ist als bisherige Jets, tatsächlich ausmachen.

Wir zeigen ein aktuelles Beispiel des sexistischen Denkens in der Armee anhand von einem FAQ, in welchem das St. Galler Amt für Militär und Zivilschutz präsentiert, wie sehr dieses im letzten Jahrhundert stecken geblieben ist.

Und wir wünschen euch viel Spass beim Lesen und Entdecken der spannenden Artikel in dieser Ausgabe.

Anna Lindermeier

und das gesamte Redaktionsteam.

Impressum

Redaktion: Thomas Bruchez (tb), Anja Gada (ag), Jonas Heeb (jh), Saskia Rebsamen (sr), Moritz Lange (ml), Nadia Kuhn (nk), Jonas Kampus (jk), Anna Lindermeier (al, verantwortlich), Lukas Bürgi (lb), Andreas Weibel (aw), Adi Feller (af), Oger (og), Pauline Schneider (ps), Judith Schmid (js)

Cartoons: Oger | **Gestaltung:** Regula Meili | **Übersetzung:** Catherine Jost | **Druck:** ROPRESS Zürich | **Auflage:** 17'500, mindestens viermal jährlich | **Mitgliederbeitrag (inkl. Zitigs-Abo) Verdienende Fr. 100.–/ Nichtverdienende Fr. 50.–** Jahresabonnement GSoA-Zitig: Fr. 20.– PC-Konto: PC 40-37315-5 | **Verlag:** GSoA, Postfach, 8031 Zürich, Telefon 044 273 01 00, E-Mail: gsoa@gsoa.ch, www.gsoa.ch

Leser*innenbriefe, Lob und Kritik sind willkommen. Die Redaktion behält sich vor, Zusendungen zu kürzen. Bitte melden Sie uns Adressänderungen, falsche und/oder doppelte Adressen. Die Inhalte dieser Zeitung unterstehen der Creative Commons-Lizenz CC BY-ND-NC 4.0. Für nicht-kommerzielle Zwecke können sie mit Quellenangabe frei verwendet werden.

Fotos Titelseite: @Patrouillenboot von Joeds auf wikimedia, Fahne F-35: ©GSoA

SAMMELN UND BEGLAUBIGEN

Bürokratiemonster Volksinitiative

Die eidgenössische Volksinitiative ist eine wunderbare Sache. Mit 100'000 Unterschriften kann eine Verfassungsänderung vorgeschlagen werden, welche der Stimmbevölkerung zur Abstimmung vorgelegt wird. Der Weg bis zur Abstimmung ist aber aufwendig und vor allem bürokratisch. MORITZ LANGE

Aktuell stehen wir bei rund 75'000 Unterschriften für die Stop-F-35-Initiative. Das bedeutet, es fehlen noch 25'000 Unterschriften. Wobei genau genommen fehlen noch 45'000 Unterschriften. Weil nie alle Unterschriften gültig sind, werden in der Regel 120'000 Unterschriften gesammelt, um auf der sicheren Seite zu sein. Wenn sie einmal bei der Bundeskanzlei eingereicht sind, können keine Unterschriften nachgereicht werden.

Was dabei aber gerne vergessen geht, ist, dass es mit dem Sammeln der Unterschriften nicht getan ist. Jede einzelne Unterschrift muss

von der entsprechenden Gemeinde noch beglaubigt werden. Das heisst, die Gemeinde bestätigt bei jeder Unterschrift, dass die unterschreibende Person in der Gemeinde wohnhaft ist, stimmberechtigt ist und gültig unterschrieben hat. Eine Unterschrift ist nur gültig wenn Name, Vorname, Geburtsdatum, Adresse und Unterschrift vorhanden sind. Name, Vorname und Unterschrift müssen dabei handschriftlich und eigenständig ausgefüllt sein.

Damit ein Unterschriftenbogen mit zehn Unterschriften nicht von Gemeinde zu Gemeinde verschickt werden muss, beschränkt sich ein

Unterschriftenbogen auf Einwohner*innen einer Gemeinde. Auf einem Unterschriftenbogen sollten also nur Personen unterschreiben, welche in derselben Gemeinde wohnhaft sind. Oberhalb des Unterschriftenfelds wird der Kanton, die Gemeinde und deren Postleitzahl eingetragen. So kann jeder Unterschriftenbogen der entsprechenden Gemeinde zugeordnet werden.

Bevor die Gemeinden die Unterschriften beglaubigen können, müssen sie diese zunächst einmal erhalten. Was einfach klingt, ist in Wahrheit ein grosser Aufwand. Bei uns im Sekretariat kommen täglich hunderte Unterschriftenbögen an. Ehe diese verschickt werden können, müssen sie zunächst nach Gemeinde sortiert werden. Bei ungefähr 2'000 Gemeinden kann dies schon ein Weilchen dauern. Was ziemlich oft vorkommt und was die Arbeit dadurch erheblich erschwert ist, dass die Gemeinde und die Postleitzahl nicht auf den Bogen geschrieben werden. Bei solchen Bögen muss die entsprechende Gemeinde zuerst über die Wohnadresse der unterschreibenden Person herausgefunden werden – teilweise eine regelrechte Detektivarbeit.

Problematisch und zugleich ein Segen sind die diversen Gemeindefusionen. So hat beispielsweise die Stadt Lugano in den letzten Jahren mit über 20 Gemeinden fusioniert. Ein Segen ist dies, weil es so weniger Gemeinden gibt und das Einsortieren demnach schneller geht. Problematisch ist es, weil viele Personen verständlicherweise – ist ja ihre Postadresse – die alte Gemeinde auf den Unterschriftenbögen schreiben. Der Wohnort ist aber nicht immer identisch mit der politischen Gemeinde. Für uns ist dies mühsam, weil die Unterschriften an die Gemeinde Lugano geschickt werden müssen. Dass aber beispielsweise der Ort Carona zur Gemeinde Lugano gehört, wissen wir natürlich nicht auswendig.

Nichtsdestotrotz ist das Beglaubigen eine angenehme Arbeit. Es ist abwechslungsreich, es gibt immer wieder neue lustige Ortsnamen zu entdecken, und am Ende des Tages sieht man, was man erreicht hat. Wenn du das Beglaubigen auch mal erleben möchtest, kannst du uns gerne helfen. Melde dich einfach bei gsoa@gsoa.ch. Wir freuen uns auf dich!

In der ganzen Schweiz sammeln wir Unterschriften für die Initiative Stop F-35. Foto: GSoA



AKTIV WERDEN

Zur Lobbyagentur werden? Wir nicht!

Politische Veränderung braucht Aktivismus von unten – dafür brauchen wir dich!

LUKAS BÜRGI

Die GSoA wird mit dem Alter immer professioneller. Wir erzielen Erfolge an der Urne: Das Gripen-Referendum und beinahe auch das Kampfjetreferendum obsiegten. Wir erzielen sogar Erfolge im Parlament und haben mit der Korrekturinitiative die Waffenexportgesetzgebung deutlich verbessert. Dabei leistet das Sekretariat nicht nur viel Arbeit, sondern fällt auch die im Tagesgeschäft anfallenden, wichtigen Entscheidungen. Wir dürfen aber nicht vergessen, dass wir nichts erreichen könnten ohne unsere treue Basis.

Deswegen der Aufruf: Bestimmt mit! Kommt mit euren Ideen an die Regionalgruppen, erweckt sachbezogene Arbeitsgruppen zu neuem Leben und beteiligt euch an den offenen Vorstandssitzungen, genannt Koordinationsitzungen, an strategischen Entscheiden. Die nächsten Sitzungen finden am 26. Februar, 19. März und 23. April statt, gefolgt von der Vollversammlung am 24.4. in Solothurn. Weitere Infos gerne per Mail oder Telefon (siehe Impressum).

GENDERKLISCHEES

Armee bestätigt jegliche Vorurteile

Anfangs November hat das Amt für Militär und Zivilschutz des Kantons St. Gallen eine Webseite aufgeschaltet, die sich «Frauen Team-Armee» nennt. Das Ziel der Webseite wäre es gewesen, mehr Frauen¹ für den Militärdienst zu gewinnen. Dieser Schuss ging nach hinten los. ANJA GADA

Wir beginnen mit den Funktionen, die für Frauen im Militär vorgesehen wären. Das Angebot reicht von der «Helferin», «Unterstützerin» und «Technikerin» bis zur «Kämpferin» (man beachte die Reihenfolge der Auflistung). Die «Helferin» sticht durch Empathie und Menschlichkeit hervor, die «Unterstützerin» sorgt für einen koordinierten Ablauf in der

Küche und im Büro und will «hinter den Kulissen stehen». «Technikerinnen» sind an «Fachwissen interessiert» und «Kämpferinnen» bilden dann das Restgrüppchen, das sich für den «klassischen» – männlichen – militärischen Aufgabenbereich voller Action begeistert.

Die Klassifizierung in diese vier Kategorien lassen mir die Haare zu Berge stehen. Zwei der vier Optionen sind Posten, in denen zugehört und unterstützt, fleissige und zuverlässige Hintergrundarbeit geleistet und der Kopf tief gehalten wird. Eigentlich überrascht mich dieses sexistische und patriarchale Weltbild seitens der Armee nicht, ich hätte nur im Rahmen einer «Frauen-Offensive» mehr Sensibilität

erwartet. Wenn Frauen ins Militär gelockt werden sollen, dann ist der Lockvogel, noch mehr unerkannte Care-Arbeit zusätzlich zum privaten Alltag zu erledigen, bestimmt nicht der richtige.

Aber es kommt noch besser. Abgesehen davon, dass eine Webseite mit diesem Zweck zusammen mit den kantonalen Gleichstellungsbeauftragten erarbeitet werden sollte, hätte man sie zumindest mehreren weiblich gelesenen Personen zeigen können, bevor sie aufgeschaltet wurde. Dann hätte das ebenfalls enthaltene, desaströse FAQ eventuell zu einigem Stirnrunzeln und schlussendlich einer grösseren Überarbeitung geführt. Äusserst liebevoll wurden einige Fragen aufgelistet, die in den Augen der Autor(*innen) am häufigsten auftauchen könnten. Heiss diskutiert wird könnte zum Beispiel, ob genügend Zeit für Körperpflege wie Haare waschen bliebe. Oder aber ob der Militärdienst mit langen Haaren, gemachten Fingernägeln oder starkem Make-

Up angetreten werden darf. Die Militärs machen klar: Ein aufwändiges Stylen müsse auf das Wochenende warten. Was jedoch alles trumpft ist die Antwort darauf, ob man als Frau von den männlichen Kameraden «akzeptiert» werde: «Bleibe eine Frau, um bestehen zu können! Versuche nicht, die Männer zu kopieren oder so stark zu sein wie sie. Stehe zu deinen Schwächen. Die Männer haben auch Schwächen. Zusammen ergänzt ihr euch perfekt.»

Anhand der Fragestellungen merkt man schnell, dass die verfassenden Personen im Grundsatz davon ausgehen, dass Frauen im Militär aufgrund ihres Geschlechts diskriminiert werden und daher diese Fragen überhaupt erst in Betrachtung ziehen. Das FAQ wurde nach einem kleineren Shitstorm von der Webseite entfernt.

In einem Ratschlag stimme ich den Kollegen jedoch bei: Versuche nicht, die Männer zu kopieren. Vor allem nicht dann, wenn sie versuchen, uns die Welt zu erklären. Nun entschuldigt mich, ich habe einen Coiffeur-Termin.

SERVICE CITOYEN

Gegen die Ausweitung des Zwangsdienstes

Trotz verfehlter Ziele in der Pledgephase will der Verein «Service Citoyen» seine Initiative für einen allgemeinen Bürger*innendienst früher oder später lancieren. JONAS HEEB

Ein Bürger*innendienst für alle, bei dem alle ihren Stärken nachgehen können und der sogar die Gleichberechtigung fördert. So die Idealvorstellung des Vereins Service Citoyen und ihrer Initiative. Was schön und gut klingt, ist lei-

der für kaum jemanden ein Gewinn. Bereits heute stellt sich die Zuteilung vieler Zivildienstleistenden als schwierig dar. Wie sieht die Situation dann mit mehr als doppelt so vielen Dienstleistenden aus? Noch mehr Dienst würde in In-

stitutionen wie Schulen oder Spitäler geleistet werden, was den ohnehin schon tiefen Lohn noch weiter herunterdrücken würde. Wieso eine Fachkraft teuer anstellen, wenn man auch eine günstige dienstleistende Person nehmen kann?

Die Ausdehnung des Zwangsdienstes auf alle Geschlechter ist darüber hinaus auch nicht als Akt der Gleichstellung zu würdigen, insbeson-

dere solange der Löwenanteil unbezahlter Care-Arbeit von Frauen geleistet wird und die Gleichstellung nicht Tatsache ist. Zu guter Letzt steht die Initiative in Konflikt mit dem Zwangsarbeitsverbot des UNO-Menschenrechtspakts und reiht sich durch die Bestandesgarantie für die Armee in das Narrativ einer angeblich unterbesetzten Schweizer Armee ein. Die einzige verbessernde Reform der Dienstpflicht ist und bleibt deren Abschaffung und die Einführung eines freiwilligen Zivildienstes.

KILLERROBOTER

Menschen sind keine Daten

Seit einigen Jahren hat eine weltweite Kampagne zum Ziel, gegen die Automatisierung von Waffen vorzugehen, gegen Killerroboter. Diese Koalition vereint Organisationen aus allen Teilen der Welt. Die GSoA will natürlich Teil davon sein. So kann so schnell wie möglich dem fortschreitenden Einsatz dieser entmenschlichenden Kriegswaffen ohne menschliche Kontrolle Einhalt geboten werden. PAULINE SCHNEIDER

ROBOTER ENTSCHEIDEN ÜBER LEBEN UND TOD

Wir beobachten in verschiedensten Bereichen den stets grösser werdenden Einfluss der Computertechnologie, sowie der Automatisierung mehr oder weniger aller möglichen Aufgaben. Am extremen Ende dieses Spektrums befinden sich die eben erwähnten Killerroboter. Nach dieser Feststellung zwingt sich eine weitere auf: eine Maschine, ein Roboter, sollte nicht solch wichtige Entscheidungen wie die über Leben und Tod treffen dürfen. Denn diese Killerroboter könnten in Kriegsgebieten genutzt werden und lmit autonomer Steuerung, das heisst ohne menschliche Entscheidung eingesetzt werden. Es ist kaum vorstellbar, solch mörderischen Maschinen soviel Macht zu erlauben.

Diese Roboter muten vielleicht futuristisch an, doch Beispiele belegen, dass sie bereits entwickelt werden. Letztes Jahr beim Konflikt zwischen Aserbaidschan und Armenien haben letztere sogenannte «kamikaze-Drohnen» benutzt, die in Israel hergestellt worden waren. Diese wurden programmiert, um feindliche Radarsignale aufzuspüren und «kamikaze-An-

griffe» auf diese auszuüben. Diese Waffen sind zwar nicht selbst Killerroboter, sie zeigen jedoch eine immer stärker werdende Autonomie der Kriegswaffen. Des Weiteren scheint die Waffenindustrie zu einer Produktion zu tendieren, bei der es beim Endprodukt wenig bis gar keine Kontrolle braucht.

WELTWEITEN EINFLUSS

Die Koalition Stop Killer Robots wurde 2012 ins Leben gerufen und 2013 offiziell lanciert. Bei dieser weltweiten Organisation kommen mehr als 180 Organisationen zusammen. Gemeinsam mit Amnesty International haben sie eine Kampagne gestartet, die zum Ziel hat, ein neues internationales Gesetz zur Autonomie der Waffensysteme zu schaffen. Zudem will diese Kampagne für Auswirkungen auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene sensibilisieren. Der Mensch soll wieder den Platz zurückerhalten, der ihm zusteht und nicht wie ein einfaches Objekt gesehen werden, das von einer Kriegsmaschine getötet wird, für die er nur Teil eines Datensatzes ist.

So sagt Isabella Jones, Koordinatorin der Kampagne: «Killerroboter sehen keine Menschen, sie verarbeiten sie.»

Während der zwei letzten Jahre wurden einige Entscheidungen aufgrund der Pandemie vertagt. Solche Aktionen auf verschiedenen Ebenen zeigen uns jedoch, dass es noch Hoffnung gibt beim Thema Waffensystemautomatisierung. Es ist ein Thema, das die Menschen beunruhigt und das es Wert wäre, menschlicher gehandhabt zu werden, ohne auf technische Neuerungen in diesem Bereich zu warten.

Die Petition zur Unterschrift sowie weitere Informationen finden sich unter;

www.stopkillerrobots.org

Foto: ©Stop Killer Robots, CC-BY-2.0



OFFSET-GESCHÄFTE

Privatisierung öffentlicher Aufgaben

Gegengeschäfte werden von Armee- und Wirtschaftsseite immer wieder als ökonomisches Wundermittel für die Schweizer Rüstungsindustrie angepriesen. Doch in Realität ist es ein grosses Subventionskonstrukt für die Privatisierung öffentlicher Gelder. ADI FELLER

Gerade im Zusammenhang mit Kampfjetkäufen wird das ökonomische Wunder Offset immer wieder von der Industrie ins Spiel gebracht. Mit einer einfachen Rechnung: Kaufe Kampfjets für sechs Milliarden – erhalte sechs Milliarden an Offset für deine (Rüstungs-)Industrie. Eigentlich sind die Rüstungsgüter also gratis zu haben (Ironie aus...) und nur Mittel zum Zweck der Industriesubvention, natürlich mit zehn oder 20 Prozent Aufschlag auf den Kaufpreis. Natürlich nur im Rüstungsbereich, denn überall sonst ist diese Art der Geschäfte gemäss WTO illegal, weil nicht mit dem Freihandel vereinbar. Nachdem jahrzehntelang immer mindestens 100 Prozent Kompensation für Kampfjets verlangt wurden (Österreich verlangte für den Kauf der Eurofighter sogar 200 Prozent, irgendwo mussten die geflossenen Schmiergelder ja versteckt werden), hat sich

das Schweizer Parlament im Nachgang zum Bundesrat für nur noch 60 Prozent Kompensation beim Kauf der F-35 ausgesprochen. Ein schlechtes Geschäft könnte man denken – wenn denn diese Offset-Geschäfte wirklich erfüllen würden, was die Industrie verspricht.

BRIEFKASTENFIRMEN

Die Adresse liest sich wie eine klassische Briefkastenfirma – ASIPRO c/o F. Fischer AG, 6234 Triengen. Doch sie prangt als Geschäftspartner auf einer im April 2021 veröffentlichten Vereinbarung zwischen dem Bundesamt für Rüstung, armasuisse, und eben jenem Verein über die Organisation und Abwicklung der Offset-Geschäfte. Den Verein präsidieren Mitglieder von Swissmem und deren westschweizer Pendant GRPM. Er ist zuständig für den Betrieb des Offset-Büros in Bern, welches für

die Umsetzung der Gegengeschäfte verantwortlich ist.

Von der Industrie wird der Verein als gutes Beispiel von PPP, sogenannter Public-Private Partnership, gelobt und als Vorzeigeobjekt präsentiert. Anders ausgedrückt: der Staat gibt Aufgaben ab, Private dürfen Gewinne machen. Der Verein finanziert sich über ein Promille des bewilligten Offset-Volumens, hat also ein Interesse daran, dass möglichst viele Geschäfte bewilligt werden. Immerhin: Büromaterial und IT-Infrastruktur darf armasuisse gemäss der Vereinbarung zur Verfügung stellen. Die grosse Frage bleibt: Wieso überhaupt lagert armasuisse die Kontrolle und Abwicklung dieser Geschäfte aus – insbesondere an die Industrie, die davon profitiert?

ETWAS MEHR TRANSPARENZ

Das nun neu geführte und veröffentlichte Offset-Register nennt immerhin seit dem 01.04.2018 Firmennamen der profitierenden Firmen. Natürlich ohne genauere Beträge oder

Prozente des Anteils der Aufträge, die die einzelnen Firmen erhalten. Einzig die prozentuale Verteilung auf die Landesteile wird genannt. Sieht man sich die Firmenlisten genauer an, fällt auf, dass immer wieder Tochterunternehmen der Offset-verpflichteten Lieferanten als Schweizer Begünstigte auftauchen. Am auffälligsten ist dies beim französischen Rüstungskonzern Thales: Beispielsweise profitieren bei den Kompensationsgeschäften für das Luftraumüberwachungssystem Florako die beiden Schweizerischen Tochterunternehmen Thales Rail Signalling Solutions AG sowie die Thales Swiss SA in Zürich. Auch bei den Waffestationen Protector M151 der norwegischen Rüstungsfirma Kongsberg ist die Kongsberg Defence Switzerland AG in Thun eine von nur vier in der Deutschschweiz profitierenden Firmen. Es lohnt sich für jede ausländische Rüstungsfirma, eine kleine Schweizer Niederlassung zu haben, da lässt sich wohl das ein oder andere Geschäft zusätzlich tätigen und dabei vielleicht sogar noch in der Heimat Steuern sparen. Von den Gegengeschäften profitiert also zu grossen Teilen die globale Rüstungsindustrie – und da lohnt es sich doch zu sparen.

F-35 UND FLUGLÄRM

120 Dezibel und Infraschall

Wo immer der F-35 neu stationiert wird, protestieren Anwohner:innen. Der F-35 ist nicht nur deutlich lauter als frühere Kampffjets. Das Flugzeug generiert Lärm in einem Frequenzbereich, der potentiell gesundheitsschädlich ist. ANDREAS WEIBEL

Seit Ende 2019 sind in Leeuwarden in der Provinz Friesland acht F-35 der niederländischen Luftwaffe stationiert. Seither geht die Zahl der Lärmklagen durch die Decke. Die von den Anwohner:innen gemessene Lautstärke der Jets ist um ein Vielfaches höher als bei den F-16, die vorher auf dieser Basis gestartet und gelandet sind. Während die Maximallautstärke vorher bei 78 Dezibel lag, kommt der F-35 auf bis zu 120 Dezibel – der Lautstärke eines Presslufthammers in unmittelbarer Nähe. Da es sich bei Dezibel um eine logarithmische Skala handelt, bedeutet das einen Anstieg der Schallenergie um mehr als das Hundertfache. Der Start eines F-35 ist noch in einer Entfernung von 10 bis 12 Kilometern wahrzunehmen – den Start eines solchen Jets in Meiringen würde man somit in drei Kantonen gleichzeitig hören.

Die niederländische Regierung hatte vorgängig versichert, dass die neuen Kampfflugzeuge nicht merklich lauter wären. Allerdings zog sie für diesen Vergleich Messungen herbei, bei denen F-16-Starts mit Nachbrenner mit solchen Starts der F-35 ohne Nachbrenner verglichen wurden. Diese schwer nachvollziehbare Vergleichsmethodik sorgte nicht nur bei den Anwohner:innen des Flugplatzes für Kritik, sondern auch für Diskussionen innerhalb des Regierungsbündnisses.

NOISE IN BOISE

Auch in den USA gibt es von Vermont bis Arizona und von Idaho bis South Carolina Kritik am Lärm, den die F-35 verursachen. Ein Umweltverträglichkeitsbericht kam laut dem

Technikmagazin Popular Mechanics zum Schluss, dass mit der Verlegung einer Einheit F-35 der Air National Guard nach Boise, Idaho, mehrere hundert Haushalte regelmässig dröhnendem Lärm ausgesetzt wären, die einem Staubsauger in einem Meter Entfernung entsprechen. Die Wohnungen würden damit faktisch unbewohnbar.

Messungen auf der Nellis Air Force Base verglichen Kampffjets der Typen F-16, F/A-18C/D (die Jets, welche auch die Schweizer Luftwaffe einsetzt) sowie den F-35. Die Messungen ergaben vergleichbare Werte wie in Leeuwarden: Der F-35 ist massiv lauter als der F-16, aber auch deutlich lauter als der F/A-18C/D. Maximal wurden beim F-35 bis zu 123 Dezibel gemessen – die Grenze für Gehörschäden selbst bei kurzer Einwirkung liegt bei 115 Dezibel. Der F-35 war im Durchschnitt rund 8 Dezibel lauter als der F/A-18C/D. Das bedeutet, dass die wahrgenommene Lautstärke rund doppelt so hoch ist.

INFRASCHALL

Der niederländische Fernsehsender RTV Oost berichtet, dass der Lärm des F-35 nicht nur lauter ist, sondern auch eine deutlich weitere Bandbreite umfasse und bis in die Infraschallfrequenzen reiche. In diesem Bereich wirken Schallschutzmassnahmen wie Spezialfenster nicht mehr, die Schallwellen durchdringen Mauern und Dächer beinahe ungefiltert. Infraschall wird vom Gehör nicht bewusst wahrgenommen. Töne in diesen Frequenzen verursachen jedoch eine Abnahme der Konzentrationsfähigkeit und können ein diffuses Gefühl des Unbehagens

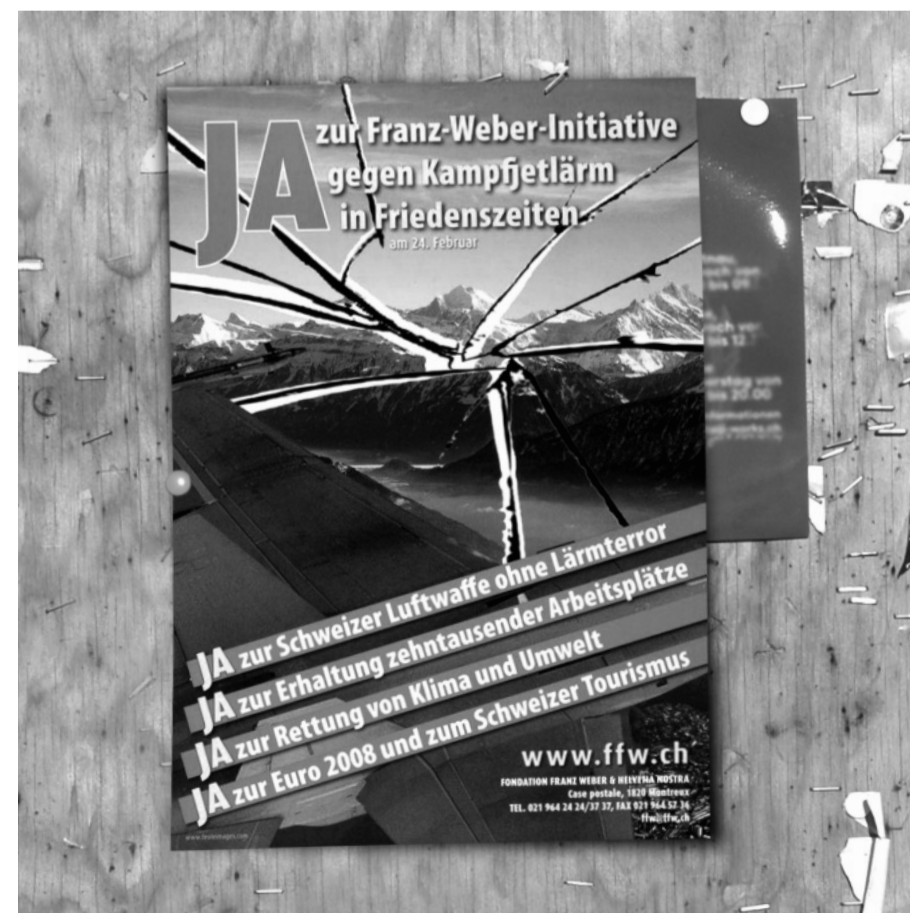
auslösen sowie zu erhöhten Blutdruckwerten führen. Es gibt jedoch kaum Studien zu den Auswirkungen von Infraschall, der von Kampffjets verursacht wird. Bei Lärmmessungen werden diese Frequenzen meist gar nicht erfasst, da sie für normale Mikrofone zu tief und für Luftdruckmesser zu hoch sind.

SCHWEIZER LÄRMWIDERSTAND

Der Lärm der neuen Jets gibt auch in der Schweiz zu reden. Im Oktober 2020 haben

durchaus armeefreundliche Regionen, in denen Militärflugplätze liegen, den Kauf neuer Kampffjets teils deutlich abgelehnt. In Brienz im Berner Oberland haben nur ein gutes Drittel der Stimmbevölkerung für neue Kampffjets gestimmt. Aber auch Gemeinden rund um Payerne oder Emmen lehnten die Beschaffung ab. Dass das VBS ausgerechnet den lautesten aller zur Auswahl stehenden Flugzeugtypen ausgewählt hat, dürfte der Zustimmung in diesen Regionen nicht gerade förderlich sein.

Volksinitiative «Gegen Kampffjetlärm in Tourismusgebieten»



MIGRATION

Der fatale Teufelskreis Krieg und Klimakrise

Vom Krieg gebeutelte Länder sind häufig auch jene, die vom Klimawandel stark betroffen sind. Auf verarmte Bevölkerung und kaputte Infrastruktur treffen dann Dürren und Überschwemmungen. Über die Zusammenhänge zwischen Krieg und Klimakrise, die Folgen für die Menschen und die beschämenden Reaktionen der internationalen Gemeinschaft. ANNA LINDERMEIER

Die Klimakrise wird ihrem Ruf als grösste Krise unserer Zeit mehr als gerecht – denn nicht nur ihre direkten Folgen lösen in unsäglichem Mass Leid aus, sondern auch ihre indirekten Folgen. Die wohl Gefährlichste darunter ist das erhöhte Konfliktpotenzial, das durch schwindende Ressourcen entsteht.

Bereits heute lösen durch die Klimakrise häufiger auftretende Dürren in Somalia Nahrungsknappheit aus und destabilisieren das Land weiter, wovon die islamistische Terrormiliz al-Shabaab profitiert. Zwischen Oktober 2020 und März 2021 mussten laut der Hilfsorganisation CARE über 116'000 Menschen umsiedeln, da ihre Lebensgrundlagen durch die Wasserknappheit und Desertifikation zerstört wurden.

In anderen Ländern wie Jemen, wo seit der Einnahme der Hauptstadt Sanaa durch die Hut-

hi-Rebellen im Jahr 2014 Krieg ist, wirkt die Klimakrise als eskalierender Faktor. Der Krieg hat das Land dermassen destabilisiert, die Infrastruktur und Versorgungsketten zerstört, dass der UNHCR im Sommer 2020 über 24 Millionen Menschen in unmittelbarer Not sah. Die Klimakatastrophe verschlimmert die Situation zusätzlich durch längere Trockenperioden, Versalzung der Böden und heftige Regenfälle. Die zunehmende Ressourcenknappheit befeuert dann die Konflikte weiter, es kommt zu einem fatalen Teufelskreis.

In Afghanistan, dessen Versorgungsstrukturen infolge von 40 Jahren «war on terror» komplett zugrunde gingen, sind laut den Vereinten Nationen ca. 23 Millionen Menschen zur Zeit vom Hungertod bedroht. Dazu kommt, dass Afghanistan eines der 20 am stärksten von der

Klimakrise betroffenen Länder ist. Im Vergleich zur vorindustriellen Zeit ist dort die durchschnittliche Jahrestemperatur seit 1950 um 1,8 Grad gestiegen – im Süden gar um 2,4 Grad, wie der Tagesanzeiger im August berichtete. Dürren und Überschwemmungen waren in den letzten Jahren keine Seltenheit mehr. Der UN-Generalsekretär warnte im November vor einem humanitären Desaster aufgrund der kombinierten Folgen von Krieg, Klimakrise und der Coronapandemie.

Dieser fatale Teufelskreis von Krieg und Klimakrise zwingt Millionen von Menschen dazu, ihr Zuhause zu verlassen. Allein in der ersten Hälfte des Jahres 2021 dokumentierten die Vereinten Nationen über 82 Millionen Geflüchtete weltweit. Bis 2050 könnten gar 1.2 Milliarden Menschen auf der Flucht sein, wie eine Studie des WEF prognostiziert.

Die internationalen Reaktionen auf diese humanitäre Katastrophe sind klein bis nicht-existent. Während NGO-Mitarbeitende von Terrormilizen daran gehindert werden, Hilfe vor Ort zu leisten, oder Gefahr laufen, selbst zur

Zielscheibe zu werden, exportiert die Schweiz munter weiter Waffen in Millionenhöhe. Vergangenes Jahr stellten die Kriegsmaterialexporte am Jemenkrieg beteiligte Länder gar einen neuen Rekord auf. Auch bei der Klimakrise hat sich die internationale Gemeinschaft zu einem fatalen Wegschau und Aufschieben entschieden, wie die letzte Weltklimakonferenz in Glasgow verdeutlichte. Der Schweizer Finanzplatz investiert massiv in Konzerne wie den Braunkohle-Giganten RWE, der für zwei Prozent der globalen Emissionen verantwortlich ist, doch dies wird in der Klimapolitik des Bundes elegant ausgeklammert. Und statt die Geflüchteten, für deren zerstörte Lebensgrundlagen die Schweiz Mitverantwortung trägt, aufzunehmen, wird in die Grenzschutzagentur Frontex investiert.

Wenn die Schweiz ihrem Ruf als neutrales Land gerecht werden möchte, muss sie schleunigst ihre Waffenexporte stoppen, eine konsequente Klimapolitik verfolgen und ihren Fokus auf ein möglichst schnelles Erreichen von netto null Treibhausgasemissionen legen. Ausserdem muss sie Geflüchteten Asyl gewähren, statt Millionen in Grenzschutzwachen zu stecken.

FRONTEX

Freude schöner Götterfunken

Die Grenzagentur Frontex steht für die unmenschliche, menschenrechtsverletzende Migrationspolitik an den europäischen Aussengrenzen. Ihr Budget soll bis 2027 auf elf Milliarden anwachsen. Die Schweiz plant, sich an der Militarisierung der europäischen Aussengrenze mit jährlichen 61 Millionen Franken zu beteiligen. Dagegen wurde mit Unterstützung der GSoA das Referendum ergriffen. JONAS KAMPUS

Migrationspolitik wird seit Jahrzehnten als Stimmungsmacher von Rechts benutzt. Rechte bis rechtsextreme Parteien verdanken dem offenen Rassismus und der Fremdenfeindlichkeit ihren rasanten Aufstieg. Mit der Warnung vor «Migrationsströmen», «Asylanten» und «kriminellen Ausländern» lassen sich Wahlen gewinnen und die Erhöhung von Verteidigungsbudgets rechtfertigen. Während in Brüssel und Strassburg die europäischen Werte hochgehalten werden, werden in Marokko, Polen und im Balkan Grenzzäune aus Stacheldraht hochgezogen, in Griechenland und Libyen Konzentrationslager errichtet und mit dem türkischen Diktator ein Migrationspakt ausgehandelt. Währenddessen wurde die staatliche Seenotrettung auf dem Mittelmeer fast gänzlich eingestellt und die zivilen Retter*innen kriminalisiert.

EU FINANZIERT MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN IN LIBYEN

Diese Politik der etwas anderen europäischen Werte forderte seit 1993 über 44'764 Tote. Die wahre Zahl ist wahrscheinlich um ein Vielfaches höher. Aktuelle Berichte aus den libyschen Konzentrationslagern schildern Fälle von Folter, Vergewaltigungen und Tötungen. Betrieben werden diese Lager durch libysche Milizen, finan-

ziert von der Europäischen Union. Können die flüchtenden Personen aus den Lagern entkommen und einen Platz auf einem Gummiboot ergattern, geraten sie ins Kreuzfeuer von Frontex und der sog. «libyschen Küstenwache», wobei auch diese aus Milizen besteht. Nach Seerecht hat jedes Boot die Pflicht, sich in Seenot befindenden Menschen zu helfen. Frontex umgeht diese grundlegende Regel der Seefahrt, indem sie die oftmals völlig überfüllten und unsicheren Schiffe einfach ignoriert, diese nur mit Drohnen überwacht und so nicht dem Seerecht untersteht oder die sog. «libysche Küstenwache» ruft. Diese geht dabei äusserst brutal vor: Zivile Seenotretter*innen werden mit Maschinengewehren bedroht oder ihr Schiff wird gerammt.

Gut dokumentierte Vorfälle vor der griechischen Küste belegen, dass die griechische Küstenwache unter Mithilfe oder Mitwissen von Frontex flüchtende Personen mittels Pushbacks zurück in die Türkei drängen, obwohl sich diese bereits in griechischem Hoheitsgebiet befinden und somit ein Anrecht auf einen Asylantrag haben. Schaffen sie es doch nach Griechenland und aufs europäische Festland, erwartet sie ein Spiessrutenlauf durch Ämter, Lager und zahlreiche Länder, in denen sie unter unmenschlichen Bedingungen gefangen gehalten oder



Foto: «Border Wall 2» by closethesoa, CC BY-NC-SA 2.0.

mittels massiver Gewaltanwendung an der Grenzüberquerung gehindert werden. Immer mit dabei: Frontex.

FRONTEX RÜSTET AUF

Frontex soll in den nächsten Jahren zu einer eigenständigen Kampftruppe mit über 10'000 Grenzpolizist*innen ausgebildet werden. Nebst einem riesigen Bedarf an Personal braucht diese auch Waffen. Dabei deckte das Team von ZDF-Moderator Jan Böhmermann auf, dass sich Frontex mit dem Who-is-who der Rüstungsindustrie trifft. Obwohl Frontex die Existenz dieser Treffen abstreitet, ist gut belegt, wie sich deren Vertreter*innen regelmässig mit Rüstungslobby-

ist*innen trafen. Darunter befinden sich Rüstungskonzerne wie Thales und Safran, die Niederlassungen in der Schweiz haben. Auch die Schweizer Behörden nahmen an einem Treffen teil.

Frontex bildet das neue Bollwerk zur Verteidigung der europäischen, neokolonialen und neoliberalen Politik. Der europäische Grenzschutz ist bereits heute stark militarisiert und sollte in Zukunft noch massiv ausgebaut werden. Gegen diese mörderische, unmenschliche Migrationspolitik muss man sich entschieden wehren. In einem ersten Schritt darf der Geldhahn nicht noch weiter aufgedreht werden. Die Schweiz muss daher ihre finanzielle Unterstützung sofort beenden.

WAFFENEXPORTE

SCHWEIZER RÜSTUNGSINDUSTRIE

Weiterhin verheerende Exporte

Die Schweiz schlug auch dieses Jahr Profit aus Kriegsgeschäften und verzeichnete bereits Ende September über eine halbe Milliarde Franken Umsatz. Dabei befinden sich bei den Abnehmerstaaten auch solche, die keinen Hehl aus Menschenrechtsverletzungen machen. Doch die Situation ist nicht ganz aussichtslos, denn wir konnten dieses Jahr auch einen Erfolg verzeichnen. VANESSA BIERI

Die Welt ist in Aufruhr. Selten traf dieser Satz besser zu als mitten in einer weltweiten Pandemie. Viele bangen um ihre Existenz und ihr Leben und jedes Land ist mit Herausforderungen konfrontiert. Doch statt diese Zeit gemeinsam zu bewältigen, verstärken sich nicht nur die Klassenkämpfe, sondern auch die bewaffneten Konflikte. Und während der Grossteil der Bevölkerung bangt, prognostiziert man in der Schweiz ein erfolgreiches Aktienjahr und präsentiert stolz die Zahlen der Waffenexporte des letzten Pandemiejahres. Vor allem Munition und Panzer wurden vertrieben. Dabei wird darauf hingewiesen, dass folgende vier Punkte in jedem Bezugsland gewährleistet sein müssen:

- Die Waffen dienen der Aufrechterhaltung des Friedens, der internationalen Sicherheit und der regionalen Stabilität.

- Die Menschenrechte werden im Bestimmungsland respektiert und es werden auch keine Kindersoldat*innen eingesetzt.

- Das Bestimmungsland muss auf der jeweils geltenden OECD-DAC-Liste der Empfängerländer öffentlicher Entwicklungshilfe unter den am wenigsten entwickelten Ländern aufgeführt sein.

- Das Bestimmungsland verhält sich angemessen gegenüber der Staatengemeinschaft und hält das geltende Völkerrecht ein.

Ausserdem wird die Haltung der Länder, die sich zusammen mit der Schweiz an internationalen Exportkontrollregimen beteiligen, berücksichtigt (Angaben SECO).

Trotz diesen Richtlinien wurden bis zum dritten

Quartal 2021 55 Länder mit Kriegswaffen beliefert und dabei Einnahmen von rund 503 Millionen Franken verzeichnet. Dies ist nur unwesentlich tiefer als im Rekordjahr 2020 und gerade in einer Pandemie schlichtweg inakzeptabel. Vorne mit dabei ist beispielsweise Saudi-Arabien mit Kriegsmaterialkäufen in Höhe von 30 Millionen Franken. Dies, obwohl das Königreich mit Enthauptungen und Prügelstrafen offenkundig gegen die Menschenrechtskonvention verstösst. Auch die Lieferung an die Vereinigten Arabischen Emirate lassen an der Glaubwürdigkeit der Schweiz zweifeln und stärken die Annahme, dass auch der Jemenkrieg unter anderem mit Schweizer Waffen geführt wird.

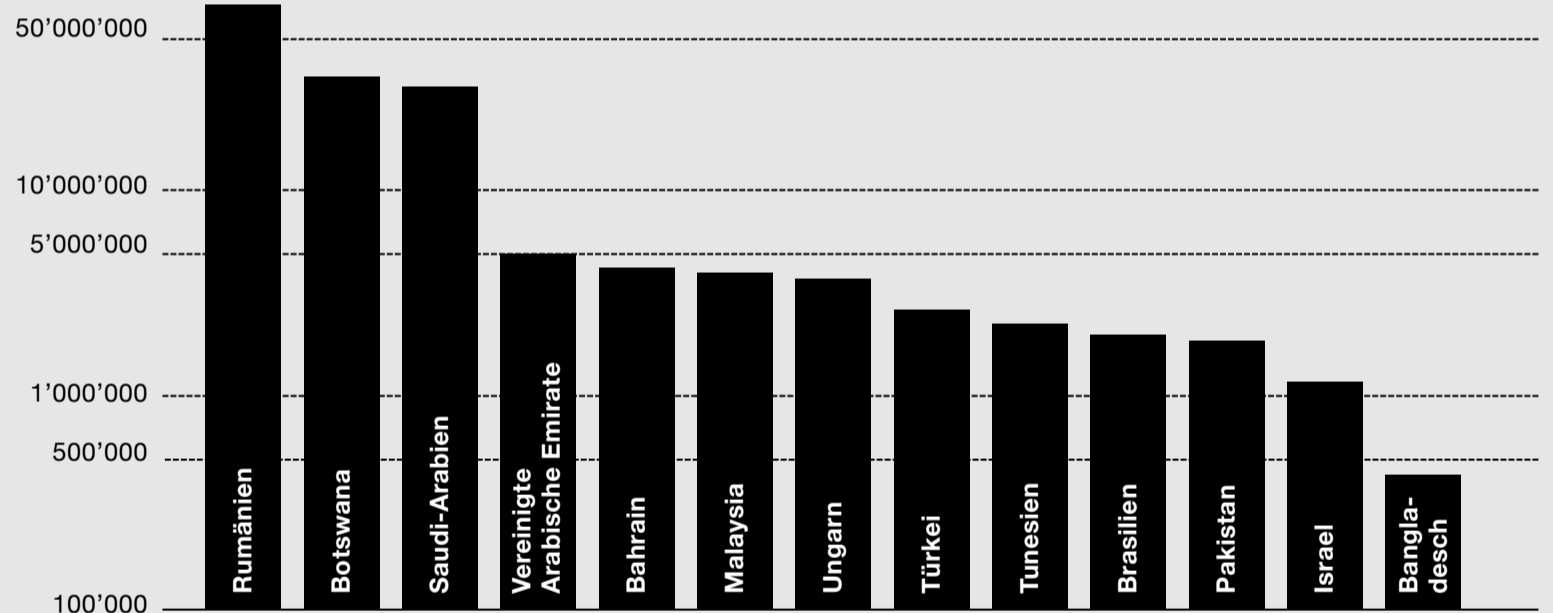
Die drittgrösste Lieferung ging mit 61 Millionen an die USA, die sich seit Jahren in einen Krieg nach dem anderen einmischt und unabhängig von den Motiven viele Opfer zu verantworten haben. Die sogenannte «Neutralität» der Schweiz wird damit immer mehr zu einem Vorwand, aus Kriegen und Gewalt Profit zu schlagen und die Militarisierung voranzutreiben.

Um dies zu stoppen und zumindest einige ethische Standards durchzusetzen, haben wir 2018 die Korrektur-Initiative lanciert. Damit sollten Lieferungen in Bürgerkriegsländer und an Staaten, die Menschenrechte schwerwiegend

oder systematisch verletzen, definitiv verboten werden. Das Parlament antwortete darauf mit einem indirekten Gegenvorschlag, der sehr viele Eingeständnisse zu Gunsten der Initiative macht, so dass die Initiative nach Annahme des Gegenvorschlags zurückgezogen wurde. Es bleibt also zu hoffen, dass die neue Regelung den Markt in den kommenden Jahren einschränkt und solche Exporte endlich verunmöglicht werden.

Immerhin auf globaler Ebene blieben die Waffenexporte zwischen 2016-2020 gleich wie in den Jahren 2011-2015. Das ist das erste Mal seit der Periode von 2001-2005, dass es keinen Anstieg gab. Dafür verschob sich das Kräfteverhältnis und während die Zahlen für Russland und China einbrachen, stieg der Export von Deutschland, Frankreich und den USA. Dies vor allem aufgrund umfangreicherer Lieferungen in den asiatischen Raum. So liefert auch die USA etwa ein Viertel ihres Kriegsmaterials an Saudi-Arabien und für Frankreich macht der Verkauf an Indien, Ägypten und Katar gar 59 Prozent des Gesamtexportvolumens aus. Gerade in Zeiten der Klimakrise und weltweiten Pandemie ist es eine absolute Schande, wie die mächtigsten Länder weiterhin Milliarden in Rüstungsmaterial verpulvern.

Waffenexporte an ausgewählte Empfängerländer vom 1. Januar bis 30. September 2021 in CHF



RÜSTUNGSEXPORT

Klagt die Mittäter*innen an!

Ein peruanischer Kleinbauer verklagt den Energiekonzern RWE. Dieser sei mitschuldig, dass sein Dorf bald ausgelöscht werden könnte. Es ist ein Kampf von David gegen Goliath. Dieser Kampf könnte der Auftakt für weitere Klagen sein. Zum Beispiel für Klagen gegen Exporteure von Kriegsmaterial. MARTIN PAPAN

Saul Luciano Lliuya ist ein peruanischer Kleinbauer, der in Huaraz lebt. In Huaraz fürchtet man sich wegen einer beschleunigten Gletscherschmelze vor gefährlichen Fluten mit verheerenden Folgen für die Bevölkerung. Dafür macht der Kleinbauer den Klimawandel verantwortlich, an dem auch der Energiekonzern RWE eine Mitschuld trägt. RWE stösst mit seinen Kohlekraftwerken so viel CO₂ aus wie kein zweites Unternehmen in Europa. Der Peruaner fordert nun von RWE eine Entschädigung, weil er sich als Opfer des Klimawandels sieht. Die Herausforderung im Fall des peruanischen Kleinbauers liegt darin, zu beweisen, inwieweit der Kausalzusammenhang vom Ausstoss der Treibhausgase durch RWE in Deutschland bis zum Abschmelzen der Gletscher in Peru nachgewiesen werden kann.

Nun durfte der Kleinbauer jedoch einen Zwischenerfolg feiern. Ein deutsches Gericht liess die Klage des peruanischen Bauers zu. Allein schon die Zulassung der Klage ist für den Kleinbauer und seinen Kampf ein wichtiges Signal. Auch wenn damit noch nichts gewonnen ist, sehen Umweltschützer*innen nun die Chance, diesen Fall als Präzedenzfall für weitere Klagen hinzuzuziehen. Die Diskussion, inwieweit Verursacher*innen von Umweltschäden für die negativen Folgen ihres Handelns verantwortlich gemacht werden können, ist damit eröffnet.

WAFFEN SIND DA, UM ZU TÖTEN

Die Diskussion, die im Bereich der Klimapolitik stattfindet, ist auch eine grosse Chance im Kontext von Kriegsmaterialexporten. Der

Kausalzusammenhang zwischen Verursacher*innen und angerichtetem Schaden ist beim Export von Kriegsmaterial nämlich wesentlich einfacher nachzuweisen. Wenn Rüstungskonzerne ihre Waffen in die Kriege dieser Welt liefern, dann findet das Geschäft zwischen Lieferant*innen und Empfänger*innen immer in der Absicht statt, dass diese Waffen auch gebraucht werden. Der Kausalzusammenhang zwischen Waffenlieferung, dessen Verwendung und Tod liegt somit auf der Hand.

LEGAL TÖTEN

In der Schweiz regelt das Kriegsmaterialgesetz, welche Rüstungsexporte legal sind und welche nicht. Das Problem liegt daran, dass mit diesem Gesetz Kriegsmaterialexporte grundsätzlich legalisiert werden. Nur in bestimmten Situationen sind Exporte nicht zugelassen. Das heisst auch, dass ein nach Kriegsmaterialgesetz «legaler» Waffenexport den Tod von Menschen indirekt legalisiert. Und hier müsste angesetzt werden. Wenn es gelingt, Rüstungsexporteure für ihre «legalisierten» Exporte und den damit verursachten Tod verantwortlich zu machen,

dann würde endlich jene Diskussion geführt, um die es geht: Darf ein Konzern aus Profitinteressen aktiv dazu beitragen, dass mit seinem Produkt nachweislich Menschen getötet werden? Wenn man bei einem Energiekonzern noch argumentieren kann, dass der ursprüngliche Zweck von Energieproduktion in vielerlei Hinsicht dem Menschen dient, dann fällt dieses Argument bei Waffen weg. Waffen haben ihren Ursprungszweck darin, zu töten. Wer argumentiert, dass Waffen den Empfängerländern der Selbstverteidigung dienen und somit «lebenserhaltend» wirken, der müsste konsequenterweise jede Handlung mit diesen Waffen kontrollieren können. Zudem müsste der Rüstungsexporteur nachweisen können, ob die Interessen vom Empfänger oder der Empfängerin schützenswert sind. Schliesslich kann auch ein Diktator argumentieren, dass er seine Waffen nur nutze, um sich und seine Interessen gegenüber Aggressor*innen zu schützen.

Es ist erstaunlich, dass Kriegsmaterialexport immer noch kein Verbrechen ist. Es ist Zeit, dies zu ändern. Es ist Zeit, Exporteure von Kriegsmaterial anzuklagen!



ARMEEABSCHAFFUNG

Ist es Zeit für die nächste Abschaffungsinitiative?

Vor 20 Jahren erzielte GSoA 2 ein schlechteres Resultat als GSoA 1. Ein Rückblick und Ausblick. LUKAS BÜRGI

Am 2. Dezember 2001 stimmte die Schweiz über zwei GSoA-Initiativen ab: GSoA 2, die zweite Armeeabschaffungsinitiative der GSoA, und ZFD, die Initiative für einen zivilen Friedensdienst. Das Resultat war enttäuschend: Nur 28% der Stimmbevölkerung stimmten der Vorlage zu, also über sieben Prozentpunkte weniger als beim ersten Mal im Jahr 1989 und auch der ZFD erreichte nur 30%. Die hoffnungsvolle Stimmung nach dem Ende des Kalten Krieges war vorbei und die Anschläge vom 11. September 2001 verbreiteten mitten im Abstimmungskampf Angst und Schrecken. Die faktenfreie Argumentation der Armee fiel so wieder auf mehr Resonanz als noch 12 Jahre zuvor.

Dabei darf aber nicht vergessen gehen, dass

dies immer noch fast ein Drittel der Bevölkerung war, der für die Armeeabschaffung stimmte. Seitdem hat die GSoA nur an Akzeptanz gewonnen und diejenigen Einsatzgebiete der Armee mit dem bei Weitem grössten Rückhalt in der Bevölkerung sind genau die nicht militärischen, gegen die wir gar nicht kämpfen. Die Initiative «Service Citoyen» für einen zivilen Zwangsdienst kann als schlecht durchdachte bürgerliche Perversion der damaligen ZFD-Initiative betrachtet werden. Dass sie trotzdem von Links bis Rechts spontan auf Sympathie stösst, könnte ein Zeichen sein, dass eine erweiterte Neuauflage des ZFD ohne gleichzeitige Abschaffungsinitiative auch für die GSoA interessant sein könnte.

ABGESAGTES WEF

Die weissen Männer, die die Welt retten wollen, müssen warten

Ende Dezember 2021 wurde bekannt, dass das World Economic Forum (WEF) verschoben wird, nachdem es letztes Jahr zum ersten Mal in seiner etwa 50-jährigen Geschichte abgesagt worden war. Ohne diese grosse Zelebrierung des Kapitalismus werden die Eliten aus Wirtschaft und Politik noch einige Monate warten müssen, um sich dem Thema «Zusammenarbeiten, Vertrauen wieder fördern» anzunehmen, wodurch sie eine Agenda zum «nachhaltigen Wiederaufbau» setzen wollen. DAVID RACCAUD

ABSTOSSENDE HEUCHELEI

Eines ist klar. Der Titel des diesjährigen WEFs ist ein perfektes Spiegelbild ebenjenes Treffens: widerwärtige neo-liberale Heuchelei. Es ist offensichtlich, dass die Coronakrise und ihre Folgen direkt mit der jahrelang von diesem Forum geförderten Art des Wirtschaftens zusammenhängen. Es ist die Ausnützung und die Zerstörung der Ressourcen unseres Planeten, die zur Zoonose von SARS-CoV-2 beigetragen haben. Es sind die Neoliberalen, deren Sparmassnahmen Krankenhäuser und öffentliche Dienste «auf Vordermann» gebracht haben. Die Konsequenzen davon spüren wir ganz besonders in Krisenzeiten und zwar in der Fantasie dieser Männer, die Staatskassen zu plündern. Gleichzeitig betteln sie darum, mit Kurzarbeit und Staatsgeldern gerettet zu werden. Die Menschen, die aktiv die Welt nach ihren Interessen gestaltet haben, setzen sich jetzt das noble Ziel, sie zu retten – und verfolgen dabei natürlich weiterhin ihre Interessen.

DIE WELT VON GESTERN

Die Heuchelei dieser Menschen rund um die Coronakrise ist lächerlich, doch bei anderen Themen sieht es ähnlich aus. Unter den Mächtigen, die die Welt von morgen mitgestalten wollen, befinden sich Rüstungsfirmen wie Lockheed Martin, ebenjene Fima, die dem Bund die berühmten F-35 verkaufen will. Vertreter*innen aus der Öl-, Zement- und Atombranche sind ebenfalls anwesend, sowie gewisse Wirtschaftsmagnate, die man gar nicht zu nennen braucht. Wollen sich diese Gehör verschaffen, können sie auf Staatschef*innen und Minister*innen zählen, die nur das Dogma des Neoliberalismus und der freien Marktwirtschaft im Kopf haben. Wenn man ein Familienporträt dieses Forums malen würde, würde es einen an ein Fresko aus alten Zeiten erinnern. Als wäre das noch nicht genug, muss man noch einige grosse Namen erwähnen, die in Davos bereits ihre Schleimspuren hinterlassen haben, darunter Trump, Bolsonaro oder Putin. So wird klar, dass dieses Forum

GESETZ ÜBER POLIZEILICHE MASSNAHMEN

Präventivhaft für politische Aktivist*innen?

Letzten Juni sprach sich eine Mehrheit der Stimmbevölkerung für das Gesetz über polizeiliche Massnahmen (PMT) aus. Die GSoA hatte sich in der Kampagne gegen dieses freiheitsfeindliche Gesetz stark engagiert. Bereits vier Monate nach der Abstimmung stimmte die sicherheitspolitische Kommission des Nationalrats (SIK-N) für eine Verschärfung des Gesetzes. FELIX KUHN

Während der Kampagne für das PMT hatte Bundesrätin Karin Keller-Sutter versichert, dass das Gesetz nicht gegen friedliche Aktivist*innen verwendet würde. Ihre Argumentation hatte bereits vor der Abstimmung stark Risse bekommen, als die Polizei die Wohnungen von Klimaaktivist*innen stürmte – mit expliziter Erlaubnis der Bundesrätin. Dies nachdem die Klimabewegung zu einem «Militärstreik» aufgerufen hatte. Doch es geht noch weiter: Letzten Oktober entschied sich die SIK-N, eine parlamentarische

Initiative zu unterstützen, die Präventivhaft für «Terrorist*innen» erlauben würde. Gleichzeitig weigerte sich eine Mehrheit der Kommission, den Begriff «Terrorismus» näher zu definieren. Ihre Begründung war, dass dies «die Verfolgung von gewaltfreien terroristischen Aktivitäten» verunmögliche, also genau was das JA-Lager vor vier Monaten nicht zu wollen vorgab. Diese Entscheidungen sind zwar nicht erstaunlich, doch sie lassen einen trotzdem zusammensucken. Eines ist klar: Wir werden uns dagegen wehren!

WEF: The rich start to care



nicht nur den Weltfrieden ausbremst, sondern auch dass Neoliberalismus und Autoritarismus sehr gut miteinander auskommen.

SELEKTIVE ETHISCHE BEDENKEN

Es ist wenig überraschend, dass die Welteliten mit zweierlei Ellen messen. Wenn sie ernsthaft über die Ziele nachdenken würden, würden sie merken, dass nichts den Erhalt und den Ausbau des kapitalistischen Wirtschaftssystems rechtfertigt. Sie wüssten, dass Kapitalismus Ungleichheiten schafft und sie ausschöpft, dass seine Grundpfeiler Beherrschung und Ausbeutung

sind, und dass seine internen Ungereimtheiten sowohl Menschen als auch ihre Umwelt zerstören. Die Reichen und Mächtigen werden also bis zum Sommer warten müssen, um die Welt vor ihnen selbst zu retten.

Wir werden dieses Jahr erneut demonstrieren müssen, im Sommer diesmal. So zeigen wir den Eliten, dass man nicht mit Think Tanks und «Weiter wie gehabt» Auswege aus den Krisen finden kann, sondern durch ökosoziales, demokratisches, globales und friedliches Handeln. Denn eines steht fest: die Lösung wird nie vom WEF kommen.

DIE LETZTE

ABSCHIED/WILLKOMMEN

Merci Thomas und Saskia! Willkommen David und Vanessa!

Auf dem GSoA-Sekretariat gab es auf das neue Jahr zwei personelle Wechsel. Wir verabschieden mit Thomas Bruchez und Saskia Rebsamen zwei wertvolle Mitarbeitende aus dem Seki Genf und dem Seki Bern. Gleichzeitig freuen wir uns, zwei neue Gesichter begrüßen zu dürfen: David Raccaud in Genf und Vanessa Bieri in Bern. MORITZ LANGE UND PAULINE SCHNEIDER

Thomas Bruchez war ein sehr wichtiger Sekretär für die GSoA. Er stiess Anfang 2019 zu uns und half der GSoA, ihren Platz als antimilitaristische Organisation auf vielerlei Ebenen beizubehalten. Er engagierte sich pausenlos für seine Werte und konnte stets andere Mitglieder motivieren, Unterschriften zu sammeln und Abstimmungskampf zu führen, selbst in der kältesten Jahreszeit und während einer Pandemie. In der Romandie war er massgeblich am Referendum gegen neue Kampfjets beteiligt. So hat er auch unsere aktuelle Kampagne gegen die F-35 geprägt. Die GSoA kann stolz sein, eine solch vertrauenswürdige, effiziente und besonnene Person wie Thomas in ihrer Geschichte zu haben. Wir wünschen ihm alles Gute für sein weiteres Engagement für eine gerechtere und friedlichere Welt!

Wir heissen **David Raccaud**, den Nachfolger von Thomas, ganz herzlich Willkommen als

politischen Sekretär in Genf. Seit Jahren ist David bereits bei der JUSO und in der Waadt-länder SP aktiv. Neben seinem Studium der Politikwissenschaften und seinem Master in öffentlicher Verwaltung ist David auch Mitglied des Vorstands bei der JUSO Schweiz. Er ist ebenfalls Mitglied des Gemeinderats von Busigny, engagiert sich aber auch in studentischen Vereinen. So war er Co-Präsident des Dach-

verbands der Studierendenvereine an der Uni Lausanne von 2019 bis 2021 sowie Mitglied des Vorstands von UNILIVE. David verfügt über Organisations- und Mobilisationsqualitäten sowie über eine politische Vision. Er war darüber hinaus bei der 99% Initiative in der Mittelbeschaffung tätig. Wir freuen uns, mit ihm zu arbeiten und von seinen Kenntnissen und seiner Motivation profitieren zu können!

Saskia Rebsamen hat nur kurz aber intensiv bei der GSoA gearbeitet. Gekommen in Mitten des zweiten Lockdowns hat sie innert kürzester Zeit den dritten Online-Ostermarsch mit einer Social-Media-Kampagne auf die Beine gestellt. Im Sommer hat sie intensiv dazu beigetragen,

dass der Gegenvorschlag zur Korrektur-Initiative im Sinne der GSoA und der Allianz gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer durch das Parlament gekommen ist. Abgeschlossen hat sie ihre Zeit bei der GSoA mit Sammeln und Beglaubigen der Stop F-35 Initiative. Saskia verlässt das GSoA Seki in Bern, um sich in Genf ihrem Studium der Literaturwissenschaften zu widmen. Wir bedanken uns bei Saskia für ihre Arbeit und wünschen ihr alles Gute für die Zukunft!

Als Saskias Nachfolge im Seki Bern dürfen wir **Vanessa Bieri** begrüßen. Sie kommt aus Frutigen und ist neben ihrem Studium der Geschichte auch in der Juso Thun-Berner Oberland und der SP Kanton Bern aktiv. Sie bringt dadurch spannende Kenntnisse in der politischen Arbeit mit. Mit Vanessa ist das GSoA-Sekretariat neu auch im Berner Oberland vertreten. Durch ihre Anstellung als Campaignerin bei der 99% Initiative und ihrem Engagement bei der JUSO bringt sie schon Erfahrung in der Kampagne-Arbeit mit. In ihrer neuen Funktion als GSoA-Sekretärin wird sie unter anderem den Ostermarsch mitorganisieren, weiter interessieren sie die Themen Wehrpflicht und Kriegsmaterialexport. Willkommen, Vanessa!



Thomas Bruchez



David Raccaud



Saskia Rebsamen



Vanessa Bieri

GREGOR, das glückliche Gewehr

Verfolge die Abenteuer von Gregor, dem glücklichen Gewehr, auch auf youtube: www.youtube.com/user/GregorsGunTV



Bestelltalon GSoA-Material



Anzahl	Bezeichnung	Frau / Mann	Grösse	Einzelpreis	Total
	Peace-Button			Fr. 1.-	
	T-Shirt Waffenvernichtungsmasse	<input type="radio"/> F <input type="radio"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	T-Shirt «If war is the answer...»	<input type="radio"/> F <input type="radio"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	Pullover «If war is the answer...»	<input type="radio"/> F <input type="radio"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 35.-	
	T-Shirt «If war is the answer...»	<input type="radio"/> F <input type="radio"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	T-Shirt «Stopp Kampfjets!»	<input type="radio"/> F <input type="radio"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	T-Shirt «Gregor»	<input type="radio"/> F <input type="radio"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	«Gregor»-Feuerzeug			Fr. 2.-	
	GSoA-Sackmesser			Fr. 25.-	
	Friedensfahne		<input type="checkbox"/> PACE <input type="checkbox"/> PEACE	Fr. 12.-	
	Kleber			kostenlos	
	Jasskarten		<input type="checkbox"/> de Set <input type="checkbox"/> fr Set	Fr. 5.-	
	Feldpost-Päckli			Fr. 60.-	
	Material zur AUSGESCHOSSEN!-Kampagne:				
	Feuerzeug AUSGESCHOSSEN!			Fr. 2.-	
	Stofftasche AUSGESCHOSSEN!			Fr. 15.-	
	Turnbeutel AUSGESCHOSSEN!			Fr. 15.-	
	Versandkostenanteil				Fr. 4.80
	Ich werde GSoA-Mitglied	<input type="checkbox"/> Verdienende	Fr. 100.-	<input type="checkbox"/> Nichtverdienende	Fr. 50.-
	Spende	<input type="checkbox"/> Fr. _____	<input type="checkbox"/> Fr. 50.-	<input type="checkbox"/> Fr. 20.-	<input type="checkbox"/> Fr. 10.-
	Ich will aktiv mitmachen: Kontaktiert mich	<input type="checkbox"/>			
	Rechnungsbetrag				

Name

Vorname

Strasse/Nr.

PLZ/Ort

Tel.

E-Mail

Bestellung: GSSA, CP 151, 1211 Genève 8, www.gsoa.ch/shop